

## Der Antransport von Lebensmitteln aus der Ukraine.

Berlin, 2. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet: Wie bereits bekannt, haben die Mittelmächte in den letzten Tagen mit der Regierung der Ukraine Verträge über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Saaten, ferner von Eiern und Schlachtvieh abgeschlossen. Die von der ukrainischen Regierung und den Mittelmächten in der Ukraine für die Ausführung und den Transport geschaffene Organisation beginnt, wie wir hören, bereits zu arbeiten. Nach telegraphischen Meldungen aus Kiev sind in den letzten Tagen des April an ukrainischen Versandplätzen etwa zwei Millionen Zentner Getreide und Futtermittel zur Verfügung der Mittelmächte gestellt worden. In den letzten Tagen sind etwa 1200 Waggon Lebensmittel aller Art über die sogenannte trockene Grenze zu den beiden Mittelmächten hereingekommen. Von den ersten Lieferungen wird mit Rücksicht auf die zurzeit in Oesterreich bestehenden Ernährungsschwierigkeiten der größere Teil Oesterreich belassen werden, denn da die ungarische Ernte erheblich früher hereingebracht wird als die deutsche, somit Oesterreich-Ungarn schon in einigen Wochen sich selbst helfen kann, haben sich die Mittelmächte untereinander dahin geeinigt, die ersten Ankünfte zum größeren Teile Oesterreich-Ungarn zu überlassen, während dafür im Juni und Juli der größere Teil nach Deutschland kommt. Aber auch von den ersten Lieferungen sind bereits Sendungen über die Landesgrenze nach Deutschland unterwegs.

Es zeigt sich also, daß die von den Mittelmächten für die Versorgung aus der Ukraine getroffenen Einrichtungen anfangen zu arbeiten. Es ist zu hoffen, daß aus dieser Quelle bald größere Mengen von Lebensmitteln in Deutschland eintreffen werden. Ob diese Hoffnung sich erfüllt, hängt in erster Linie davon ab, wie sich die politischen Verhältnisse in der Ukraine gestalten und ob es gelingt, die äußerst schwierigen Fragen der Finanzierung unserer Ankäufe und des Transportes der großen Warenmengen befriedigend zu lösen. Die in dieser Richtung möglichen Schritte sind getan.

Rekruten keine Waffen mehr vorhanden sind. Die unbewaffneten jungen Nationalisten werden als Masse passive Resistenz ausüben. Sie werden die Folgen in den irischen oder in den französischen Gefängnissen auf sich nehmen. Die Entschlossenheit dazu ist allgemein und keineswegs auf die Sinn Feiner-Klubs beschränkt. Sie hat sich sogar unter jener Jugend verbreitet, die gestern noch loyal war. Merikale Studenten, Mediziner, Gelehrte, Schriftsteller, Lehrer und sonstige Intellektuelle, die sich früher freiwillig für die Front gemeldet hatten, sind heute ebenso zum Widerstand entschlossen wie die Sinn Feiner. Die Gefühle dieser passiven Resistenzler sind die allerbittersten. Alle Erwartungen der Sinn Feiner in dieser Richtung haben sich mehr als erfüllt, die früheren Englandsfreunde fühlen sich von England betrogen.

## Lord Salisbury gegen die Iren.

Bern, 2. Mai.

Lord Salisbury, der Vorsitzende des Kriegsausschusses der Unionistenpartei, hat in einem Schreiben an die Presse das irische Volk wegen seines Widerstandes gegen die Wehrpflicht in schneidenden Worten als derzeit völlig unfähig für Homerule bezeichnet. Der Schwerpunkt seines Schreibens liegt aber in der scharfen Stimmungsmache gegen die Regierung. Er schreibt, es sei nicht Sache der Regierung, sondern des Parlaments und der Wählerschaft, die Frage zu entscheiden. Die Volksvertreter im Parlament dürften nicht mit verhaltenem Atem alles hinnehmen, was die Regierung dem Lande auferlegt. Eine Regierung, die so schwach sei, Auführern Homerule zu gewähren, habe nicht die Kraft, irgend etwas durchzusetzen. Wenn dem aber so sei, welches Urteil soll das Parlament fällen? Er frage, ob die englische Arbeiterschaft den Iren, die sich weigerten, an ihrer Seite zu kämpfen, eine Selbstregierung gewähren und den Nationalisten, den Bundesgenossen der deutschfreundlichen Sinn Feiner, zuliebe durch einen halb unabhängigen irischen Staat die Zukunft Englands und Schottlands vielleicht unwiderruflich gefährden wolle. Wenn nicht, so wolle sie ihre Vertreter im Parlament das Nötige tun lassen.